

Ursachen und Bekämpfung der Inflation

Der graduierte Betriebswirt, Heft 09/September 1977, Seite 473-479

Die Bekämpfung der Inflation bzw. die Erringung der Preisniveaustabilität ist heute ohne Frage ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik¹. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht man — möglichst wahre — Theorien über die Faktoren (Variablen), die die Inflation verursachen.

Schaut man sich daraufhin einmal das an, was in den öffentlichen Medien an Berichten über dieses Thema herausgebracht wird, so stellt man (vielleicht) mit Verwirrung fest, wie viele Ursachen es offensichtlich für das Phänomen Inflation gibt: Sehr beliebt ist die These, daß die Gewerkschaften schuld an der Inflation seien. Aber auch andere Gruppen wie die Unternehmer, der Staat, die Spekulanten, die OPEC-Staaten werden als Schuldige genannt. Es wird auf zu viel Geld, zu hohe Nachfrage, zu hohe Löhne hingewiesen.

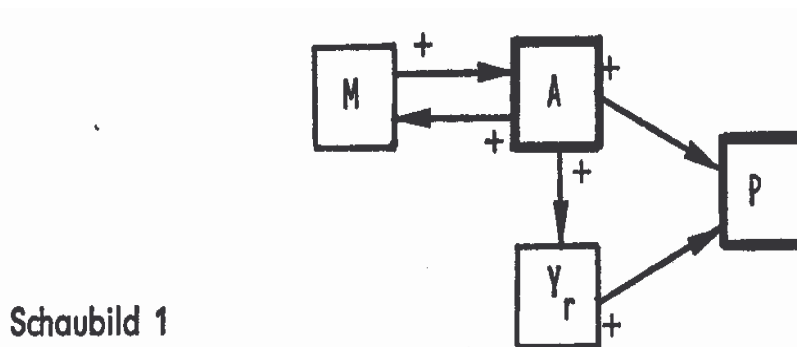
Alle diese Erklärungshypothesen erscheinen plausibel, zumal sie in seriösen Berichten sogar durch bestimmte Fakten gestützt werden. Daraus wären zunächst zwei Schlußfolgerungen möglich: (1) *Die* Inflationsursache gibt es wohl nicht. (2) Die Welt der Tatsachen ist so vielfältig und komplex, daß auch die „verrückteste“ Theorie durch einige theoriekonforme Fakten gestützt werden kann.

Im folgenden soll, um die Verwirrung zu verringern, etwas systematischer an das Problem herangegangen werden. Zunächst werden einige Inflationstheorien, die bestimmte Arten von Ursachen zusammenfassen, explizit dargestellt. Daran anschließend wird eine Bewertung dieser Theorien vorgenommen. Schließlich wird der Versuch gemacht, die Frage zu beantworten, warum trotz der Existenz von fundierten Inflationserklärungen die Antiinflationspolitik international eher Mißerfolge als Erfolge aufzuweisen hat.

Bei einer Systematisierung der heute in Theorie und Politik vertretenen Inflationstheorien drängt sich geradezu die Einteilung in Theorien einer nachfrageinduzierten und Theorien einer angebots- (bzw. kosten-) induzierten Inflation auf².

Die nachfrageinduzierte Inflation

Die nachfrageinduzierte (demand-pull) Inflation läßt sich am besten anhand des in *Schaubild 1* dargestellten Kausalmodells verdeutlichen.



¹ Vgl. § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums von 1967.

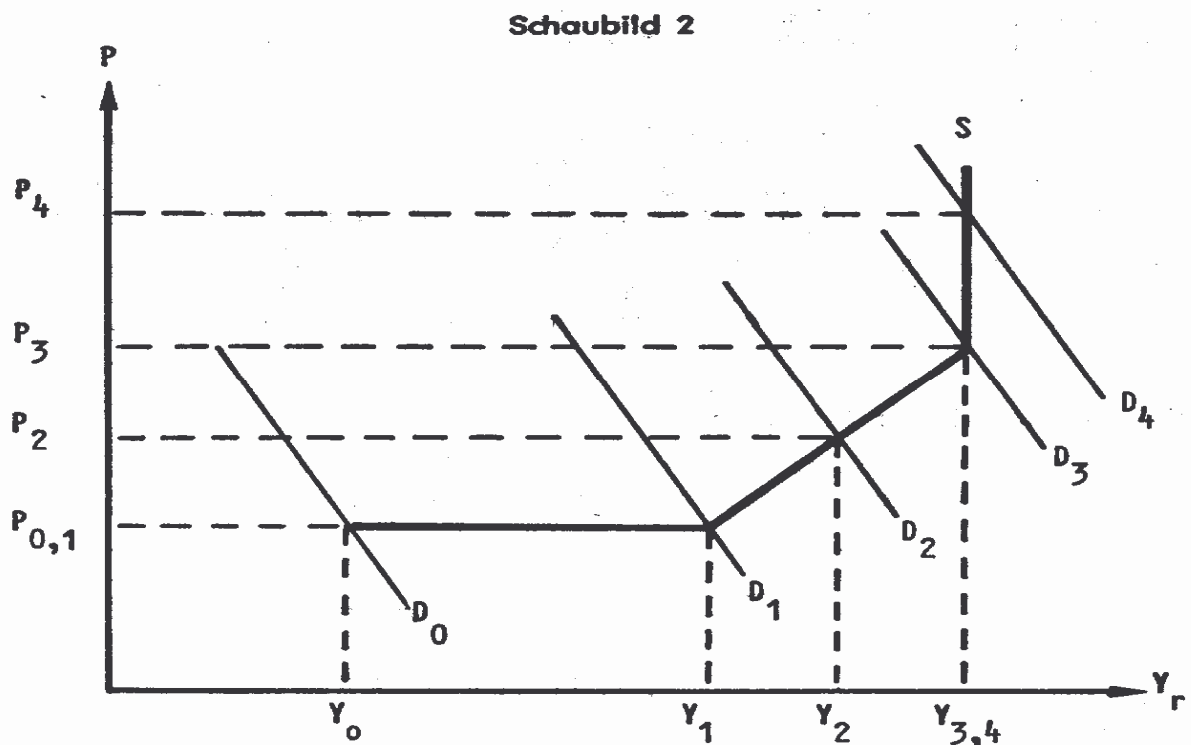
² Vgl. W o l l, A., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1974, S. 387 ff.

Die Symbole für die benutzten ökonomischen Variablen bedeuten:

- P = Allgemeines Preisniveau,
 A = Gesamtwirtschaftliche Ausgaben, Gesamtnachfrage
 Y_r = Gesamtwirtschaftliches Angebot, Produktionspotential, Beschäftigungsgrad,
 M = Gesamtwirtschaftliche Geldmenge, Geldangebot.

Durch einen Pfeil wird der positive (+) oder negative (-) Effekt angedeutet, den eine Variable auf eine andere Variable ausübt. Oder anders ausgedrückt: Mit einem Pfeil mit Pluszeichen werden gleichsinnige Beziehungen zwischen zwei Variablen (je höher . . . , desto höher . . . ; je geringer . . . , desto geringer . . .), durch einen Pfeil mit Minuszeichen gegensinnige Beziehungen (je höher . . . , desto niedriger . . . ; je niedriger . . . , desto höher . . .) symbolisiert³.

Inhaltlich lautet dann diese Theorie: Je höher die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und je geringer das gesamtwirtschaftliche Angebot, desto höher das Preisniveau, d. h. die Inflationsrate. Während diese Hypothese alle demand-pull-Theorien gemeinsam haben, gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, welche Rolle das Geld im Inflationsprozeß spielt.



Die „Monetaristen“ gehen davon aus, daß die Ursache für eine gesamtwirtschaftliche Übernachfrage in der vorher stattfindenden Geldmengenerhöhung liegt. Die „Keynesianer“ vertreten demgegenüber die Auffassung, daß die Geldmengenerhöhung die Resultante der (über-) hohen Ausgabenwünsche der Privaten und des Staates ist⁴. Weitere Untervarianten der keynesianischen Variante der demand-pull-Theorie ergeben sich daraus, daß man die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage als Summe der privaten und staatlichen Nachfrage nach Konsumgütern der privaten und staatlichen Nachfrage nach Investitionsgütern und der Nachfrage des Auslandes nach inländischen Gütern definiert.

³ Näheres zur Methode des Kausalmodells oder Pfaddiagramme in: Opp, K.-D., Methodologie der Sozialwissenschaften, RoRoRo-Studium Bd. 91, Hamburg 1976, S. 84 ff.

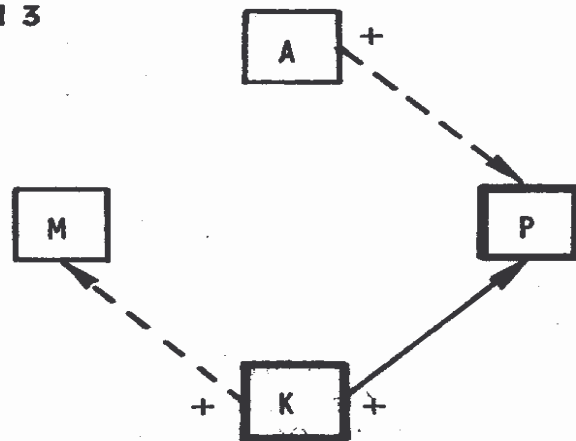
⁴ Vgl. Kalbach, P. (Hrsg.), Der neue Monetarismus, München 1973, wo Aufsätze von Monetaristen und Keynesianern abgedruckt sind.

Die Bedeutung des Pfeils, der in *Schaubild 1* von A nach Y_r verläuft, wird anhand von *Schaubild 2* deutlicher. Hier auf der Ordinate das Preisniveau (P), auf der Abszisse das Produktionspotential (Y_r) abgetragen. Die S-Kurve stellt das gesamtwirtschaftliche Angebot dar, die D-Kurven symbolisieren die jeweilige gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nicht jede Ausgabensteigerung hat inflationäre Auswirkungen. Solange noch unbeschäftigte Kapazitäten vorhanden sind, hat gemäß *Schaubild 1* eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bis Y_1 nur Mengeneffekte, zwischen Y_1 und Y_3 Mengen- und Preiseffekte und erst darüber hinaus nur Preiseffekte.

Die angebotsinduzierte Inflation

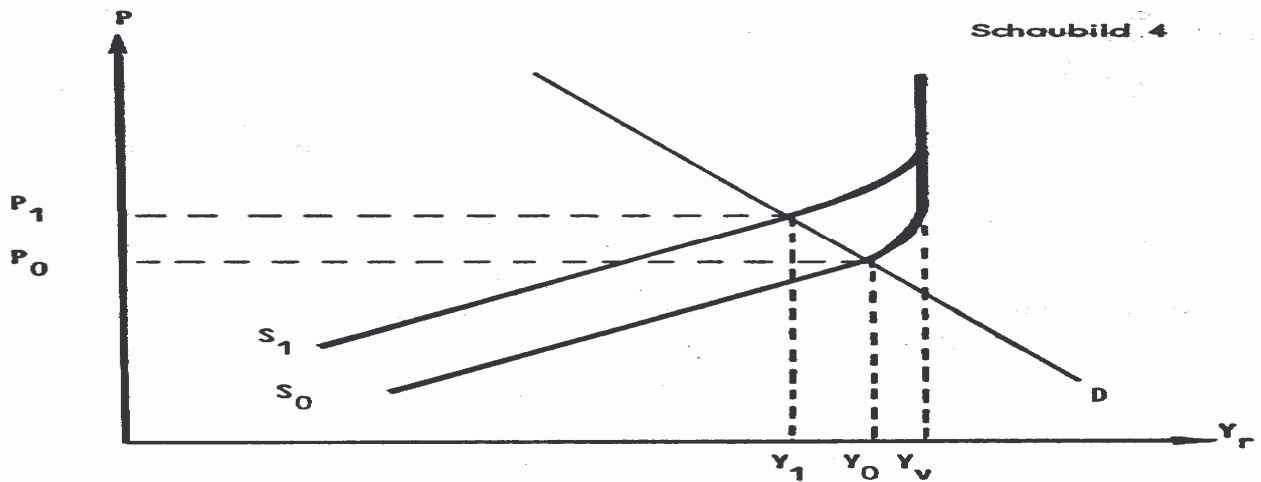
Das Grundmodell einer angebots- oder kosteninduzierten (cost-push) Inflation zeigt *Schaubild 3*: Je höher — bei gegebener Nachfrage — das Kostenniveau (K) in einer Volkswirtschaft ist, desto höher ist das Preisniveau. Was die meisten Anhänger dieser Inflationstheorie nicht deutlich machen, wird hier aber offengelegt. Höhere Kosten müssen auch finanziert werden: deswegen der Pfeil von K nach M.

Schaubild 3



Auch hier gibt es, je nach der Kostenart, die man im Auge hat, Varianten der cost-push-Inflation. In der Öffentlichkeit am bekanntesten ist — wie schon oben erwähnt — die Lohn-druck-Hypothese. Der inflationsverursachende bzw. inflationserhaltende Faktor ist hier eine durch übermächtige Gewerkschaften erzwungene permanente Lohnerhöhung, die die erzielbaren Produktivitätsfortschritte übersteigt. Daneben werden auch die anderen Kosten als verursachender Faktor für eine Inflation angesehen: Zinssteigerungen, Steuererhöhungen, Erhöhung der Rohstoffpreise (z. B. Erdöl), der Importgüterpreise ganz allgemein oder auch der staatlich festgesetzten Preise.

Andere Vertreter der Theorie der angebotsinduzierten Inflation sehen die Inflationsursache nicht in der Erhöhung bestimmter Kosten, sondern in der expansiven Gewinnpolitik der Unternehmer, die ihre Preise auch unter Inkaufnahme möglicher Absatz- und Beschäftigungsrückgänge erhöhen, um ihre Gewinne nicht nur zu halten, sondern — wenn möglich — zu vergrößern.



Anhand des *Schaubildes 4* werden die Kernthesen der cost-push-Theorie noch deutlicher. Eine Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve aufgrund von Kostenerhöhungen von S_0 nach S_1 führt bei gegebener gesamtwirtschaftlicher Nachfrage D zu einem erhöhten Preisniveau (P_0 nach P_1), aber auch zu einem Beschäftigungsrückgang von Y_0 nach Y_1 . (Y_v ist das Volkseinkommen, bei dem Vollbeschäftigung herrscht).

Mißerfolge der Stabilitätspolitik

An Inflationstheorien herrscht also kein Mangel. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß wir uns praktisch in allen Ländern (Ausnahmen sind die Schweiz und augenblicklich die Bundesrepublik) einem steigenden Preisniveau gegenübersehen. Dieser Tatbestand kann drei Gründe haben:

1. Die Inflationstheorien, auf denen die stabilitätspolitischen Maßnahmen aufbauen, sind falsch.
2. Die Anwendungsbedingungen der Theorien sind politisch nicht durchsetzbar.
3. Die Politiker — und auch die Bürger — wollen gar keine Preisniveaustabilität.

Es wäre wirtschaftspolitisch rational, wenn zur Grundlage der Antiinflationspolitik die „beste“ Inflationstheorie gewählt würde. Doch welche ist die „beste“? Die Antwort ist theoretisch einfach: die, die wahr ist bzw. die der Wahrheit am nächsten kommt, d. h., die mit den Tatsachen übereinstimmt.

In der Praxis ist es allerdings nicht so einfach, die Wahrheitsnähe der einzelnen Inflationstheorien näher zu bestimmen. Legt man zur Lösung dieses Problems einige Veröffentlichungen⁵ zugrunde, so ergibt sich folgendes Bild: Die keynesianische Übernachfragetheorie ist u. a. dadurch in Mißkredit geraten, daß sie das Phänomen der „Stagflation“, also das gleichzeitige Vorhandensein von Inflation und Unterauslastung der menschlichen und sachlichen Ressourcen, nicht erklären kann.

Hier steht die Theorie der cost-push-Inflation besser da. Doch gerade diese Theorie sieht sich andererseits schwerwiegender Kritik gegenüber. So kann die bekannteste Variante, nämlich die Lohndruck-Hypothese, für sich allein zum Beispiel nicht erklären, warum es Schwankungen in den Inflationsraten gibt. Der Hinweis darauf, daß auch die Macht der Gewerkschaften gleichgerichteten Schwankungen unterliegt, genügt nicht und stellt darüber hinaus einen Zirkelschluß dar. Dann muß man fragen, worauf wiederum diese Schwankungen zurückzuführen

⁵ Siehe L i p s e y , R. G., Einführung in die positive Ökonomie, Köln 1971, S. 708 ff.; Issing, O., Einführung in die Geldtheorie, Heidelberg 1976, S. 122 ff.; Johnson, H. G., Inflation — Theorie und Politik, München 1975.

sind. Lautet die Antwort, daß die Macht der Gewerkschaften von der Höhe des gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus abhängig ist, dann ist man plötzlich wieder bei der Theorie der nachfrageinduzierten Inflation gelandet. Daraus ziehen viele den Schluß, daß der Streit zwischen den Anhängern der Theorie der Nachfrageinflation auf der einen und der Theorie der Angebotsinflation auf der anderen Seite eine Neuauflage des alten Streits um das Problem „Henne oder Ei“ darstelle. Eine solche Problemlösung ist ziemlich unbefriedigend. Welche Schlüsse soll der Wirtschaftspolitiker daraus ziehen?

Notwendigkeit der Geldmengensteuerung

Bei einer solchen Resignationslösung braucht man aber nicht stehen zu bleiben. Mir scheint, daß die monetaristische Theorie die am besten geprüfte und auch die am besten bestätigte Inflationserklärung bietet⁶. Alle bisherigen Inflationen waren begleitet von einer zu großen Erhöhung der Geldmenge. Eine gesamtwirtschaftlichen Geldmengenerhöhung mag nicht immer eine hinreichende Bedingung für Inflation sein, eine notwendige Bedingung ist sie auf jeden Fall. Daraus ist der wirtschaftspolitische Schluß zu ziehen: Wer die Inflation tatsächlich bekämpfen will, muß die Geldmenge steuern. Doch dann stellt sich natürlich die nächste Frage: Kann man die Geldmenge überhaupt steuern? Oder wie oben formuliert: Lassen sich die Anwendungsbedingungen der monetaristischen Theorie politisch-faktisch durchsetzen⁷ Um diese Fragen beantworten zu können, ist ein kurzer Einstieg in die Geldangebotstheorie notwendig.

Geht man davon aus, daß die zu steuernde Geldmenge M das Produkt aus dem Geldschöpfungsmultiplikator m und dem Basisgeld (Zentralbankgeld) B darstellt, so kommt es darauf an, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen in der Lage sind, m und B zu manipulieren, wobei das Zentralbankgeld von seiner Entstehungsseite her als Summe aus den Krediten der Zentralbank an die Geschäftsbanken, des An- und Verkaufs von Wertpapieren durch die Zentralbank, der Nettokreditgewährung der Zentralbank an den Staat, der Währungsreserven definiert ist⁸).

In der Bundesrepublik stehen der Deutschen Bundesbank dafür die folgenden Instrumente zur Verfügung: Mindestreservenpolitik, Refinanzierungspolitik (Diskont- und Lombardpolitik), Offenmarktpolitik, Swapsatzpolitik. Nachdem seit 1973 das internationale System fester Wechselkurse mehr oder weniger aufgegeben wurde, ist der geldpolitische Spielraum der Bundesrepublik auch gegenüber dem Ausland größer geworden.

Man kann also sagen, daß in der Bundesrepublik die instrumentellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Geldmengensteuerung durchaus gegeben sind und daß die Instrumente in den letzten Jahren auch erfolgreich gegen die Inflation ins Feld geführt wurden⁸. Auch das spricht m. E. für den Einsatz der Geldmengensteuerung als Mittel zur Inflationsbekämpfung. Demgegenüber haben stabilitätspolitische Maßnahmen, die auf anderen Inflationstheorien basieren, mit viel größeren praktischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Im Extrem bestätigt sich diese These im Hinblick auf die Theorie der angebotsinduzierten Inflation. Ein Lohn- und Preisstopp als im Rahmen dieser Theorie wirksamstes Mittel gegen die Inflation ist in einer Marktwirtschaft weder wünschenswert noch realisierbar. Alle Versuche, mit diesem Instrument die Inflation auf die Dauer zu stoppen, sind in der Vergangenheit jämmerlich gescheitert.

⁶ Vgl. auch T r a p p , P., Geldmenge, Ausgaben und Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1976.

⁷ Vgl. W o l l , A./V o g l , G., Geldpolitik, Stuttgart 1976, S. 58.

⁸ Darüber berichten die Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auch die zahmste Variante dieser Theorie, die in der Bundesrepublik unter dem Namen „Konzertierte Aktion“ bekannt ist, kann als Antiinflationinstrument kaum Erfolg für sich buchen. Dieses Urteil gilt ganz pauschal auch für die übrigen Instrumente des bundesrepublikanischen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967, das — auf keynesianischem Gedankengut aufbauend — recht selten für die Inflationsbekämpfung angewendet wurde.

Kosten der Inflationsbekämpfung

Trotz einer relativ guten Inflationstheorie und trotz des Einsatzes von Instrumenten, die auf dieser Theorie basieren, gibt es aber auch in der Bundesrepublik noch einen „Rest“ von Inflation. Ist dieser Rest von Inflation nicht darauf zurückzuführen, daß man - jenseits aller Beteuerungen in der Öffentlichkeit - absolute Preisniveaustabilität gar nicht erreichen will?

Es ist eine alte und fast schon triviale Erkenntnis der Ökonomie, daß alles seinen Preis hat, daß jedes Ziel, das man erreichen will, etwas „kostet“. Nicht zuletzt die Monetaristen haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kosten der Inflationsbekämpfung um so stärker zu Buche schlagen, je länger die Inflation andauert⁹. Dann nämlich haben sich alle Wirtschaftssubjekte an die Inflation gewöhnt, die Geldillusion ist verfliegen, die zukünftige Inflationsrate wird in den Löhnen, den Zinsen und Preisen antizipiert.

Wenn in einer solchen Situation die Zentralbank das Geldmengenwachstum drosselt, reicht die Geldversorgung nicht mehr aus, eine Geldnachfrage zu befriedigen, die entsprechend der erwarteten Inflationsrate weiter gestiegen ist. Als Folge davon geht die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern zurück, was zunächst nur Mengeneffekte hat: die Produktion sinkt, die Zahl der Arbeitslosen steigt, die Preise bleiben hoch. Die Wirtschaft befindet sich in der Stagflation. Kurzfristig führt also eine Antiinflationpolitik zu Rezession bei Inflation. Erst längerfristig, so sagt die monetaristische Theorie, bilden sich einerseits die Inflationsraten und mit ihnen auch die Inflationserwartungen zurück und tendieren andererseits die realen Größen Produktion und Beschäftigung wieder zurück zu ihren vor der Antiinflationpolitik gewohnten höheren Gleichgewichtswerten.

Die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker stehen also vor einem Dilemma: Wollen sie Preisniveaustabilität erreichen, müssen sie zunächst eine Stagflation „produzieren“. Wer kann sich so etwas schon in einer Demokratie leisten, in der alle Naselang Wahlen stattfinden? Die Politiker werden auch niemanden finden, der bereit ist, freiwillig die Kosten der Inflationsbekämpfung zu tragen¹⁰. Denn die Preisniveaustabilität ist ein „öffentliches Gut“. Diese öffentlichen Güter haben aber die Eigenschaft, daß von ihrer Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann, sofern sie erst einmal produziert sind. Jeder rational Handelnde wird deshalb versuchen, sich vor den Kosten der Produktion dieser Güter zu drücken, weil er den Nutzen auch ohne eigenen Beitrag zu ihrer Erstellung genießen kann.

Hinzu kommt, daß der Politiker selbstverständlich keine Garantie hat, daß sich Produktion und Beschäftigung von selbst erholen¹¹. Er wird deshalb kaum die Geduld aufbringen können und wollen, die die Monetaristen ihm anraten, wenn er tatsächlich die Inflation erfolgreich bekämpfen will.

⁹ Vgl. Brunner, K., Die monetaristische Revolution der Geldtheorie, in: Kalmbach, P. (Hrsg.), a.a.O., S. 95 ff.

¹⁰ Vgl. Digas, K.-H., Politik und Inflation, in: Sparkasse, Heft 10/1974, S. 298 ff.

¹¹ Die beste Theorie bleibt immer ein System von Hypothesen, die sich in Zukunft als falsch herausstellen können. Im übrigen kann ja der Mißerfolg einer Politik darauf zurückzuführen sein, daß die Randbedingungen der Theorie nicht herstellbar waren.

Die gegenwärtige Lage der Wirtschaftspolitiker in der Bundesrepublik ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie von allen Seiten international und national Druck ausgeübt wird, den Stabilitätskurs aufzugeben und ordentlich „Gas zu geben“. Deshalb kann man abschließend in Anwendung eines geläufigen Spruches vielleicht ganz pauschal sagen: „Jede Volkswirtschaft hat die Inflationsrate, die sie verdient.“